

## **Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien**

---



Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien

An  
Herrn Senator Rabe  
Schulausschuss der Bürgerschaft  
Landeschulbeirat  
Elternkammer  
Schülerkammer  
Lehrerkammer  
alle Elternratsvorstände der Hamburger Gymnasien

7. Februar 2017

### **Übereilte Einführung des Mathe-Zentralabiturs in Hamburg?**

Die Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasien (VEHG), ein seit vielen Jahren bestehendes, überparteiliches und unabhängiges Gremium, hat auf ihrer Sitzung am 01.02.2017 mit Überraschung und Besorgnis erfahren, dass Hamburg sich – trotz der desaströs ausgefallenen Mathematik-Klausur unter Abiturbedingungen – dafür entschieden hat, Fragen der kommenden schriftlichen Mathematik-Abiturprüfung aus dem gemeinsamen Aufgabenpool des IQB (Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen) zu ziehen, also an einem „Zentralabitur“ festzuhalten. In eben diesem Aufgabenformat liegen wohl die Gründe für das vielfache Scheitern der Schülerinnen und Schüler.

Nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) von 2015 können sich ab diesem Abiturjahrgang alle Bundesländer in den Fächern Deutsch, Mathe, Englisch und Französisch Aufgaben aus dem gemeinsam gespeisten und vom IQB auf ein einheitliches Anforderungsprofil überprüften Aufgabenpool ziehen. Wie viele Aufgaben sich die einzelnen Bundesländer aus dem Pool nehmen wird aber den Ländern überlassen und auch nicht kommuniziert. Da sicher auch die anderen Bundesländer das Debakel der Mathematik-Vorabitur-Klausur aus Hamburg wahrnehmen, vermuten wir, dass deren Kultusminister bei der Auswahl der zentralen Fragen eher zurückhaltend sein werden.

Senator Ties Rabe hat sich in der KMK seit seinem Amtsantritt sehr für das sogenannte „Zentralabitur“ stark gemacht. Die Behördenleitung hat für Hamburg entschieden, dass

nunmehr alle drei Aufgaben, statt wie bisher eine Auswahl aus zwei von drei Aufgaben, in der Mathematik-Abiturprüfung bearbeitet werden müssen. Auf Nachfrage wollte sich die Bildungsbehörde nicht äußern, ob alle drei Aufgaben aus dem zentralen IQB-Prüfungspool entnommen werden. Nach allen uns bekannten Informationen wäre dieses aber zu vermuten, zumindest werden die IQB-Aufgaben als Vorlage dienen.

Dabei wird offenbar außer Acht gelassen, dass die Hamburger Schülerinnen und Schüler mit dieser Form der Aufgabenstellungen in der Vorabitur-Klausur erhebliche Schwierigkeiten hatten, deren genaue Ursachen noch nicht geklärt werden konnten.

Wir glauben dabei nicht, dass Schülerinnen und Schüler in Hamburg weniger Mathematikkompetenz erworben haben als in anderen Bundesländern, können uns aber vorstellen, dass ungewohnte Aufgabenstellungen und die Notwendigkeit eines schnelleren Lösungstempos, die ein jahrelanges Training dieses Aufgabenstils erfordert, zu den schlechten Ergebnissen geführt hat. Dieses jahrelange Einüben lässt sich nicht mit ein paar zusätzlichen Vorbereitungsstunden nachholen.

Die VEHG begrüßt grundsätzlich die Bemühungen, das Abitur bundesweit vergleichbarer zu machen und die Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten vor einer Abwertung ihres Abiturs in nachfolgenden Bewerbungsprozessen zu schützen. Allerdings drängt sich uns hier der Eindruck auf, dass auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrgangs 2017 aus politischem Ehrgeiz heraus ein zu hohes Umsetzungstempo vorgelegt wird, ohne dabei die Vorbereitung im Unterricht ausreichend entwickelt zu haben.

Es ist uns nicht ersichtlich, warum Hamburg - möglicherweise als einziges Bundesland - eine so abrupte Veränderung umsetzt, obwohl auch ein schrittweiseres Einführen der Aufgaben aus dem Aufgabenpool möglich und sinnvoll gewesen wäre.

Wir fordern Senator Rabe dringend auf,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die Ergebnisse der Mathematik-Abiturklausuren in diesem und den folgenden Abiturjahrgängen dem Leistungs- und Vorbereitungsstand der Hamburger Schülerinnen und Schüler gerecht werden. Die faire Behandlung der Schülerinnen und Schüler sollte unbedingt Vorrang haben vor dem Bedürfnis, ein politisches Zeichen in der KMK zu setzen. Hamburg muss nicht als eines der ersten Bundesländer die Vorgaben zur Einführung des Zentralabiturs in Deutschland umsetzen. Zumal, und dies gilt verstärkend, ohne offensichtliche und wohl auch lang bekannte Defizite des Unterrichts in Hamburg zu beheben.
2. die betroffenen Schülerinnen und Schüler und die Schüler- und Elterngremien umgehend und umfassend über den aktuellen Stand zur Mathematik-Abiturklausur zu informieren. Hierzu gehört auch, den durch die Vorabiturklausur tief verunsicherten Schülerinnen und Schülern darzulegen, aus welchen Gründen die Vorabiturklausur,

so schlecht ausgefallen ist und was die Schülerinnen und Schüler in der kommenden Abiturklausur an Aufgabenformat, -stil und Bewertungsschema zu erwarten haben. Ziel ist, die Schülerinnen und Schüler, die Mathematik als schriftliches Abiturfach gewählt haben, zu ermutigen und ihnen eine Fokussierung des Lernens in der verbleibenden Zeit zu ermöglichen.

Für diese zielgerichtete Vorbereitung fordern wir auch einen Internetlink zu einer ausreichenden Menge an Aufgaben im zu erwartenden Aufgabenformat und -stil, damit die Schülerinnen und Schüler unabhängig von der möglicherweise unterschiedlich guten schulinternen Vorbereitung und Kommunikation sind.

3. die Umstellung auf zentrale Aufgabenstellungen in Mathematik und anderen Fächern durch eine zielgerichtete Auswertung neuer und vorhandener Vergleichstests (z. B. KERMIT) zu begleiten und zu evaluieren, ob eingeleitete Maßnahmen wie etwa die „Mathematik-Offensive“ ausreichend greifen. Es darf nicht sein, dass erst mit den zentralen Abiturprüfungen herausgefunden wird, ob das Bildungsniveau in Hamburg passend und ausreichend für die dortigen Anforderungen ist.
4. die Voraussetzungen für eine tatsächliche und faire Vergleichbarkeit der Abiturergebnisse zu schaffen. Die Umstellung auf ein Zentralabitur erfordert bundesweit vergleichbare Stundentafeln und auf das Abitur ausgerichtete Kompetenzbeschreibungen in den föderalen Bildungsplänen für alle Klassenstufen. Eine isolierte Vereinheitlichung nur der Abiturprüfungen wird den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht. Wir erwarten vielmehr eine sofortige, intensive und offene Kommunikation der Schulbehörde hinsichtlich der Konsequenzen einer Einführung des Zentralabiturs für den Unterricht von der Beobachtungsstufe bis zur Oberstufe. Diese Kommunikation muss alle Beteiligten, also Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und selbstverständlich auch die Eltern, erreichen.

Vereinigung der Elternratsvorsitzenden Hamburger Gymnasium

Ansprechpartner (Sprecherteam):

Hauke Hell	hauke@hell.name
Thomas Neitzel	mailagain@arcor.de